

>> kvvi vogelsang institut

InstitutsMitteilungen 6/2024

Der demografische Wandel in Österreich und dessen Einfluss auf politische Programme.

Sehr geehrte Damen und Herren!
Liebe Freunde des Karl von Vogelsang-Instituts!

Gerade die Wahlgänge der jüngeren Zeit haben bewiesen, dass politische Parteien nur dann erfolgreich sein können, wenn sie die offenkundigen Veränderungen in der gesellschaftlichen Zusammensetzung berücksichtigen. Der Umgang mit Fragen wie höheres Lebensalter, sinkende Geburtenrate und Migration in seinen vielfältigen Formen bestimmen nahezu alle europäischen Lebens- und Politikfelder. Abseits von Polemik, ebenso von Beschwichtigungen und Ängsten, erscheint es erforderlich, gesicherte Kennzahlen und nüchterne Entwicklungslinien einer jeden Diskussion zu diesem Thema voranzustellen.

Unter dem Titel „Europa, die alte Dame“ beschreibt die stellvertretende Klubobfrau der Wiener ÖVP und Abgeordnete zum Wiener Landtag, Mag. Caroline Hungerländer entscheidende Entwicklungslinien, die seit 1945 Österreich demografisch geprägt haben. Österreich wie die gesamte Europäische Union war und ist vor allem seit den 1990er Jahren massiven und nachhaltigen gesamtgesellschaftlichen Einflüssen und Veränderungen ausgesetzt. Diese Veränderungen sind zuletzt derart spürbar geworden, sodass manche politischen Grundsatzentscheidungen, die noch vor wenigen Jahrzehnten als unumstößlich gegolten haben, neu definiert werden müssen. Dies vor allem deshalb, weil sich die Voraussetzungen für Akzeptanz und das Verständnis breiter Gesellschaftsschichten dafür verändert haben.

Caroline Hungerländer, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates des Karl von Vogelsang-Instituts, geht vordergründig der Frage nach, wie sich diese nachhaltige, wohl unumkehrbare soziale Veränderung in der Wahl- und Parteiprogrammatik der Parteien, im Besonderen der Österreichischen Volkspartei, niedergeschlagen hat. Selbstverständlich können in dieser historischen Perspektive ausschließlich Kennzahlen und statistische Aussagen eine Berücksichtigung finden.

Nicht zuletzt die österreichischen und gesamteuropäischen Wahlgänge der jüngeren Vergangenheit haben die Bedeutung diesen Themenkomplexes in den Mittelpunkt gestellt. Alleine die nüchterne Auseinandersetzung mit allen Konsequenzen des demografischen Wandels wird dem Stellenwert dieses Themas gerecht. Wir sind uns bewusst, dass die genannten historischen Kennzahlen und Entwicklungslinien nur der Beginn einer breiten Diskussion sein können.

Als Institut mit dem Schwerpunkt auf österreichische Parteien- und Zeitgeschichte wollen wir hier einen Beitrag zur Diskussionsgrundlage leisten.

Das Team des Karl von Vogelsang-Instituts

Europa, die alte Dame.

Mag. Caroline Hungerländer
Abgeordnete zum Wiener Landtag und Gemeinderat
Stv. Landesparteiobfrau der Volkspartei Wien und Stv. Klubobfrau

Was nobel klingt, bereitet Demografen, Politikern und Arbeitgebern Kopfzerbrechen: Europa der Überalterung, Europa der geringen Geburtenrate, Europa der fehlenden Arbeitskräfte.

Unser Kontinent kämpft mit demografischen Herausforderungen. Die Melange aus (zu) geringer Fertilitätsrate, steigender Lebenserwartung, umlagebasierten Sozialsystemen, Arbeitsmarktbedürfnissen, Migration und Einforderung individueller Freiheit [19] beschäftigt Wissenschaft und Politik intensiv. Geht es nach der Europäischen Kommission, stellt der demografische Wandel eine der größten Transformationen unserer Zeit dar – und damit auch eine der größten politischen Herausforderungen [2]. Herausforderungen, vor denen auch Österreich steht.

Doch wie geht unsere Politik, im Speziellen die Österreichische Volkspartei, mit diesem Thema um? Dieser Frage geht die vorliegende Analyse auf den Grund. Im Folgenden werden die Faktoren des demografischen Wandels für Österreich dargelegt, hernach einige der sich stellenden Herausforderungen thematisiert und schlussendlich der Frage nachgegangen, wie die Österreichische Volkspartei seit Beginn der 1990er Jahre den demografischen Wandel thematisiert.

Faktoren des demografischen Wandels in Österreich

Der demografische Wandel wird anhand dreier Faktoren dargestellt: Fertilität, Mortalität und Migration. Diese stellen sich in Österreich in Form von Geburtenraten unter Reproduktionsniveau (Fertilität), steigender Lebenserwartung (Mortalität) und einem zuwanderungsbedingten Bevölkerungswachstum (Migration) dar [3].

Fertilität

Österreich hat insgesamt eine steigende Geburtenrate, die jedoch immer noch deutlich unter 2,1 Kindern pro Frau liegt, nämlich bei 1,48 im Jahr 2021. Im Verlauf der zweiten Republik lag die Fertilitätsrate im Jahr 1950 bei 2 Kindern pro Frau, stieg in den 1960er Jahren auf knapp unter 3 (2,82 im Jahr 1963; die sog. Baby-Boomer-Generation, Anm.), fiel in Folge wieder ab und liegt seit 1985 relativ konstant bei etwa 1,5, mit einem kleinen Einbruch zwischen 1995 – 2015 [4].

Bei der Fertilitätsrate zeigen sich deutliche Unterschiede nach Geburtsland und nach Bildungsniveau. Zwar liegt auch die kumulierte Fertilitätsrate von im Ausland geborenen Frauen unter dem Reproduktionsniveau, jedoch divergiert sie stark nach Herkunftsland: Über dem Bestandserhaltungsniveau liegen lediglich die Fertilitätsraten von in Syrien geborenen (4,3) und in der Türkei sowie Rumänien geborene Frauen (beide 2,2), jene der anderen Hauptherkunftsgruppen – sowie der Österreicherinnen ohne Migrationshintergrund – sind teils deutlich unter dem Bestandserhaltungsniveau. Das bedeutet, dass die Fertilitätsrate ohne Zuwanderung noch niedriger wäre und die Österreichische Bevölkerung merkbar schrumpfen würde.

Altersverteilung und Mortalität

Österreich weist eine steigende Lebenserwartung auf, die aktuell bei 81,35 Jahren für beide Geschlechter liegt [5]. Zwischen 1950 bis 2021 änderte sich der prozentuelle Anteil älterer Personen an der Gesamtbevölkerung deutlich: Waren 1950 lediglich 1,5% der Bevölkerung 80 Jahre oder älter, waren es im Jahr 2021 bereits 5,7% [6]. Eine gegenteilige Entwicklung vollzog der Anteil der jüngeren Bevölkerung: Waren 1950 noch 8,5% der Bevölkerung unter 6 Jahre alt, waren es 2021 nur mehr 5,8%. Der Anteil der 6 bis 18-Jährigen sank von 18,6% auf 11,5%. Damit beträgt der Anteil der über 65-Jährigen im Jahr 2021 18,3% der Bevölkerung, jener der unter 18-Jährigen 17,3% [7].

Migration

Österreich verzeichnet seit Jahren einen positiven Wanderungssaldo und ist daher als Einwanderungsland zu klassifizieren [8]. Dennoch verfügt Österreich über keine „gesamtstaatliche Migrationsstrategie“, also keine bereichsübergreifenden, konsistenten und vom Gesetzgeber beschlossenen Zielsetzungen für die Migrationspolitik. Dies mag der Tatsache geschuldet sein, dass Zuwanderung nicht gänzlich steuerbar ist – im Gegenteil, gerade die weitgehend nicht planbare Fluchtmigration stellt einen wachsenden Anteil der Gesamtzuwanderung.



Der Brunnen-Markt in Wien 2023. Im gesamten öffentlichen Raum ist die demographische Veränderung erkennbar. Mit nachhaltigen Folgen für Bildungseinrichtungen, den Arbeitsmarkt und das Gesundheitssystem. Foto: Wikipedia

Österreich hatte den Anspruch, ein sicheres Asyl-land zu sein, zu seinem Selbstverständnis erhoben, dessen Erfüllung die Bevölkerungszusammensetzung unseres Landes naturgegeben prägt [9]. Zu den nach Ende des Zweiten Weltkriegs in Österreich lebenden, etwa 1,4 Mio „displaced persons“ gesellten sich in den Fluchtwellen 1956/57, 1968 und 1981/82 mehrere hunderttausend politische Flüchtlinge aus Osteuropa [10]. Im Jahr 1989 löste der Umsturz in Rumänien eine weitere Flüchtlingswelle aus. Die zunehmende Fluchtmigration wurde von der Bevölkerung durchaus mit Skepsis aufgenommen, das „Ausländerthema“ war im Nationalratswahlkampf 1995 bereits ein heftig diskutiertes [11]. Dessen ungeachtet erhielten in Folge des Jugoslawienkriegs etwa 90.000 Personen Schutz in Österreich, in den Jahren 1998 und 1999 wurden über 13.000 Asylanträge, mehrheitlich von Kosovaren, in Österreich gestellt [12]. Mit der Jahrtausendwende änderte sich die Zusammensetzung der Asylsuchenden, die Mehrheit der Anträge wurde ab 2000 von nicht-europäischen Asylwerbern gestellt [13]. Insgesamt stellten seit den 1990er Jahren Geflüchtete den größten Anteil aller nach Österreich zugewanderten Personen – inklusive jener, die zwar keinen positiven Asylbescheid erhielten, aber dennoch in Österreich blieben [14].

Den geringeren Anteil der in den letzten Jahrzehnten Zugewanderten stellen Arbeitsmigranten dar. Dennoch prägte auch Arbeitsmigration unser Land unwiderruflich. Ab der 1950er Jahre wurden Arbeitskräfte aus dem Ausland, vorrangig der Türkei, angeworben, was bekanntlich die unvorhergesehene Folge der dauerhaften Ansiedelung inklusive Familiennachzug hatte. Als Reaktion auf die seit Beginn der 1980er rapide Zunahme ausländischer Arbeitskräfte beschloss die Regierung 1990 eine Quote für ausländische Arbeitskräfte, ab 1992 wurde der legale Zuzug nach Österreich überhaupt über ein Quotensystem geregelt, welches jährlich die Maximalanzahl an neu zuziehenden Personen festlegte [15]. Der im Zuge der EU-Erweiterungsrunden merkbare Zuzug von Arbeitskräften aus den neuen EU-Staaten setzte jeweils mit Verzögerung einiger Jahre ein, da Österreich Übergangsregelungen zum Schutz seines Arbeitsmarktes erwirkte [16]. Die Anzahl der unselbstständigen Beschäftigung von Arbeitskräften aus den neuen EU-Mitgliedstaaten stieg dennoch stetig an, von etwa 50.000 im Jahr 2003 auf über 300.000 im Jahr 2021 [17]. Aktuell wird der Zugang zum Österreichischen Arbeitsmarkt für Ausländer stetig erleichtert, um dem Arbeitskräftemangel entgegen zu wirken.

Der demografische Wandel in Österreich ist also durch eine trotz Zuwanderung unter dem Reproduktionsniveau liegende Geburtenrate, einer aufgrund von (ungeplanter) Zuwanderung steigenden Bevölkerungsanzahl und einer nicht rasant aber dennoch spürbarer alternden Bevölkerung gezeichnet. Diese Veränderungen stellen die Politik naturgegeben vor Herausforderungen.

Herausforderung des Arbeitsmarktes

Wie bereits dargelegt, war die Österreichische Wirtschaft seit den 1950er Jahren, in wechselnder Intensität, mit einem Mangel an Arbeitskräften konfrontiert und auf Arbeitsmigration angewiesen. Aufgrund der einsetzenden Pensionierungswelle spitzt sich die Situation zu: Die Zahl der offenen Stellen stieg in den Jahren 2014 – 2022, mit einem Einbruch im Pandemiejahr 2020, stetig an [18]. Im Jahr 2022 waren rund 206.500 freie Stellen ausgeschrieben, was einen 40prozentigen Anstieg zum Vorjahr und einen 60prozentigen zum Jahr 2019 bedeutete [19]. Zeitgleich sinkt die Anzahl der Erwerbspersonen altersbedingt, wodurch bis zum Jahr 2030 rund 100.000 weniger Menschen im erwerbsfähigen Alter in Österreich leben werden [20].

Auch der Bedarf an Pflegekräften reicht in die Vergangenheit zurück, wenngleich sich die Situation

auch hier zuspitzt. Eine 2019 publizierte Studie der Gesundheit Österreich GmbH bezifferte 76.000 zusätzlich benötigte Personen in der Pflege im Zeitraum von 2017 bis 2030. Zum Vergleich: Im Jahr 2019 waren in Österreich rund 127.000 Pflege- und Betreuungspersonen beschäftigt.

Herausforderung des Pensionssystems

Die Alterung der österreichischen Bevölkerung ist seit Ende der 1990er Jahre Gegenstand von Diskussionen, ebenso wie die wachsende Finanzierungslücke im Pensionssystem [21]. Seit Ende der 1990er Jahre wurden mehrere Reformen beschlossen, alle verfolgten das Ziel, die Finanzierbarkeit des Pensionssystems aufrecht zu erhalten. Dennoch belasteten die Pensionskosten (Beamtenpensionen und Zuschuss zur gesetzlichen Pensionsversicherung) das Bundesbudget im Jahr 2023 mit 25 Milliarden Euro, bei Einnahmen in Höhe von 98,1 Mrd Euro [22].

Aufgrund des niedrigeren Durchschnittsalters der Einwanderer ergeben sich für Österreichs Pensionssystem positive Effekte durch Zuwanderung. Der EU ageing report weist für Österreich klar aus, dass eine verringerte Zuwanderung im Untersuchungszeitraum höhere Pensionsausgaben, und eine höhere Zuwanderung geringere Pensionsausgaben zur Folge hätte [23]. Grundbedingung ist jedoch eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration der Zugewanderten [24].

Demokratische Herausforderung

Des Weiteren beeinflusst der demografische Wandel auch die Repräsentanz der österreichischen Bevölkerung. Dies ist besonders eine Folge der starken Zuwanderung, insbesondere der Konventionsflüchtlinge seit den 2000ern. Aufgrund des jüngeren Durchschnittsalters von Migranten ist der Besitz der Staatsbürgerschaft unter den Altersklassen ungleich verteilt: eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzen 26,08% der 1,5 Mio „jungen“ (16-29 Jahre) Menschen in Österreich, 21,05% der 4,5 Mio Menschen „mittleren“ (30-64 Jahre) Alters und lediglich 7,03% der 1,8 Mio Menschen „älteren“ (>64 Jahre) Alters [25]. Die junge Gesamtbevölkerung ist also nicht nur numerisch kleiner als jene der „älteren“ Bevölkerung, sondern auch bei den Wahlberechtigten unterrepräsentiert.

Angesichts all dieser Herausforderungen stellt sich die Frage, welche Lösungen die Volkspartei im Laufe der Zeit vorgeschlagen hat. Für einen Untersuchungszeitraum zwischen 1990 bis in die Gegenwart stelle ich folgende Frage:

1. Thematisierte die Österreichische Volkspartei seit Beginn der 1990er Jahre die Herausforderungen des demographischen Wandels?
2. Welche spezifischen Herausforderungen wurden angesprochen?
3. Welche Lösungsstrategien schlug die ÖVP im Untersuchungszeitraum vor?

Behandlung des demographischen Wandels und seiner Herausforderungen in den Wahl- und Grundsatzprogrammen der ÖVP 1990-2019

In ihrem Grundsatzprogramm von 2015 benennt die Volkspartei [26] das Wort Demographie und bezeichnet es, ebenso wie Migration, als Treiber gesellschaftlichen Wandels, die Herausforderungen stellen. Sie stellt, wenngleich nicht explizit, einen Zusammenhang zwischen demographischem Wandel und Migration her, qualifizierte Zuwanderung würde zur Sicherung des österreichischen Wirtschafts- und Sozialmodells benötigt [27]. Diese soll gemäß den wirtschaftlichen Bedürfnissen Österreichs erfolgen, die Partei schlägt die Schaffung von Anreizen für den Zuzug von ausländischen Fachkräften vor [28].

Die Finanzierung des Pensionssystems soll mit einem „Sicherungsmechanismus“ garantiert werden. Der wachsende Anteil der älteren Menschen wird benannt und als „Chance“ bezeichnet, ebenso die steigende Lebenserwartung; das Ideal laute „aktives Altern“ [29]. Die Volkspartei anerkennt den aufgrund der steigenden Lebenserwartung steigenden Pflegebedarf, als eine Lösung sollen ambulante Pflegedienste ausgebaut werden. Einen Zusammenhang zwischen gesuchtem Pflegepersonal und der Anwerbung ausländischer Pflegekräfte stellt die Partei in ihrem Grundsatzprogramm nicht her.

In einem Überblick der Wahlprogramme kann festgestellt werden, dass die Volkspartei den demografischen Wandel an sich selten, einzelne sich daraus ergebende Herausforderungen jedoch konsequent anspricht. Hierzu gehören der Arbeitskräftemangel, die Finanzierung des Pensionssystems und der Mangel an Pflegekräften.

Ab dem Wahlprogramm 1995 fordert die Volkspartei den Zuzug benötigter Arbeitskräfte [30], lediglich in den Jahren 2006 und 2013 wird dieses Thema nicht angesprochen. Aus dem Wahlprogramm 1999 [31] könnte, bei Thematisierung der geringen Geburtenrate, ein pronatalistischer Ansatz herausgelesen werden. In den Jahren 1994 [32] und 1999 [33] schränkt die Volkspartei die Notwendigkeit der Arbeitsmarktmigration auf die Aufnahmefähigkeit des österreichischen Wohnungsmarktes und Bildungssystems ein. Herausforderungen der Pflege und des Pensionssystems nehmen zwar in allen Wahlprogrammen viel Raum ein [34], werden jedoch nie in einen Zusammenhang mit Zuwanderung gesetzt.

Im Jahr 2002 benennt die Partei die demographische Entwicklung als Herausforderung für das

Pensionssystem. Als Lösungen werden eine Erhöhung der Erwerbsquote sowie höheres Wirtschaftswachstum genannt [35]. Im Wahlprogramm 2006 ist die vorgeschlagene Maßnahme eine Stärkung des Drei-Säulen-Prinzips [36]. Im Jahr 2017 wird die Anpassung des faktischen an das gesetzliche Pensionsantrittsalter gefordert [37]. Ein Zusammengang zwischen Zuwanderung und der Finanzierung des Pensionssystems stellt die Volkspartei in keinem Programm her. Die Partei spricht sich ab 1999 durchgehend gegen Ausländerwahlrecht und einfacheren Zugang zur Staatsbürgerschaft aus [38], eine weitere Thematisierung der demokratischen Herausforderung findet nicht statt.

Zusammenfassung

Die Volkspartei verfolgt in ihren Wahl- und Parteiprogrammen seit 1990 keinen strukturierten Ansatz zur Thematisierung und Lösung der demografischen Herausforderungen. Einzelne Herausforderungen, etwa das Pensionssystem und der Mangel an Pflegekräften, werden zwar in nahezu jedem Programm angesprochen, jedoch sind die Lösungsvorschläge punktuell und mitunter nicht konsistent. Einzig hinsichtlich des Arbeitskräftemangels verfolgt die Partei eine konsistente Linie und plädiert für eine geregelte Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte nach den Bedürfnissen der österreichischen Wirtschaft. Die demokratische Herausforderung wird lediglich, dafür konsequent, in der Ablehnung von Ausländerwahlrecht sowie erleichtertem Zugang zur Staatsbürgerschaft thematisiert. Interessanterweise findet sich in keinem einzigen Programm (ausgenommen einer zarten Andeutung im Jahr 1999) ein pronatalistischer Ansatz; zwar nehmen familienpolitische Forderungen, etwa der Ausbau von Kinderbetreuung, durchaus Raum in den Programmen ein, ein deklariert pronatalistischer Ansatz findet sich jedoch nicht.

Wiewohl der demografische Wandel eine umfassende Herausforderung darstellt und auch umfassender Behandlung bedürfte, konzentriert sich die Volkspartei auf die Thematisierung und Lösung einzelner Teilaspekte. Damit unterscheidet sie sich jedoch nicht von den anderen österreichischen Parlamentsparteien, welche ebenfalls einzelne Herausforderungen ansprechen, jedoch keine einzigen den demographischen Wandel holistisch thematisiert.

Fussnoten

[1] Dahinden, Martin / Groth, Hans (2022): Mitigation and Adaptation: Analyzing and Shaping Demographic Change. WDA Discussion Paper on Demographic Challenges. Eingesehen: [Mitigation_and_Adaptation.pdf](#) (wdaforum.org) am 26.07.2023

[2] European Commission: Atlas of Demography. Impact of migration on working-age population Eingesehen: KCMD Web Portal (europa.eu) am 18.11.2023

[3] Fent, Thomas / Fürnkranz – Prskawetz, Alexia (2019): Übersicht über den demographischen Wandel in Österreich. In: Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz: Demographischer Wandel – geänderte Rahmenbedingungen für den Sozialstaat? 2019. S. 3-20. S. 3

[4] Kaindl, Markus / Schipfer, Rudolf Karl (2022): Familien in Zahlen 2022. Statistische Informationen zu Familien in Österreich. Österreichisches Institut für Familienforschung

an der Universität Wien. S. 19. Eingesehen: [FiZ2022](#) (oif.ac.at) am 22.08.2023

[5] Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital (2022): Fact Sheet: Langlebigkeit, Gesundheit, Wohlbefinden. Eingesehen: [wic_factsheet_lebenserwartung.pdf](#) (wittgensteincentre.org) am 24.08.2023

[6] Der Anteil der 56-80-Jährigen stieg im gleichen Zeitraum von 10% auf 13,6% und der Anteil der 45 bis 60-Jährigen von 26,9% auf 29%.

[7] Kaindl, Markus / Schipfer, Rudolf Karl (2022): Familien in Zahlen 2022. Statistische Informationen zu Familien in Österreich. Österreichisches Institut für Familienforschung an der Universität Wien. Eingesehen: [FiZ2022](#) (oif.ac.at) S. 45

[8] Migrationsrat für Österreich (2016): Bericht des Migrationsrat 2014 – 2016. Wien: Migrationsrat für Österreich (Hg), 2016. S. 10

[9] Bauer, Werner (2008): Zuwanderung nach Österreich. Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung – ÖGPP im Januar 2008. Eingesehen: [Zuwanderung-nach-Oesterreich.pdf](#) (politikberatung.or.at) am 06.01.2024. S. 4

[10] Ebd. S. 5

[11] Bauer, Werner (2008): Zuwanderung nach Österreich. Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung – ÖGPP im Januar 2008. Eingesehen: [Zuwanderung-nach-Oesterreich.pdf](#) (politikberatung.or.at) am 06.01.2024. S. 6

[12] Ebd. S. 7

[13] Bauer, Werner (2008): Zuwanderung nach Österreich. Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung – ÖGPP im Januar 2008. Eingesehen: Zuwanderung-nach-Oesterreich.pdf (politikberatung.or.at) am 06.01.2024. S. 7

[14] Matzka, Manfred (2001): Integration in Österreich. Erschienen in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 2001. S. 85f

[15] Bauer, Werner (2008): Zuwanderung nach Österreich. Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung – ÖGPP im Januar 2008. Eingesehen: Zuwanderung-nach-Oesterreich.pdf (politikberatung.or.at) am 06.01.2024. S. 8

[16] Biffl, Gudrun (2023): Befunde zur Arbeitslandschaft: Ist Österreich ein Einwanderungsland? In: Gudrun Biffl und Peter Huber (Hrsg.) Migration & Arbeit. Wien, Österreichische Akademie der Wissenschaften, 2023. Eingesehen: 9783700193265_gesamt (1).pdf S. 44

[17] Ebd. S. 45

[18] Statistik Austria (2023): Offene Stellen 2. Quartal 2014-2023. Eingesehen: Offene Stellen - STATISTIK AUSTRIA - Die Informationsmanager am 09.10.2023

[19] Gleissner, Rolf (2023): WKO Chart of the Week. Herausgeber: Wirtschaftskammer Österreich. Abteilung für Wirtschaftspolitik. 13.03.2023. Eingesehen Chart of the Week (wko.at) am 06.10.2023

[20] Halla, Martin (2023): Österreich fehlt die Willkommenskultur. In: Der Pragmaticus am 09.05.2023. Eingesehen: Neue Willkommenskultur für neue Talente | Der Pragmaticus am 12.10.2023

[21] Bretschneider, Rudolf (1999): Einheit in Vielfalt. Die Gesellschaft, in der wir leben. Erschienen in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1999. S. 445f

[22] Österreichisches Parlament (2023): Budgetausschuss gibt grünes Licht für Budget 2023. Eingesehen: Budgetausschuss gibt grünes Licht für Budget 2023 | Parlament Österreich am 28.09.2023

[23] European Commission (2021): The 2021 Ageing Report. Economic & Budgetary Projections for the EU Member States (2019-2070). Institutional Paper 148, 2021. Eingesehen: The 2021 Ageing Report. Economic and Budgetary Projections for the EU Member States (2019-2070) (europa.eu) am 24.09.2023. S. 20

[24] Berger, Johannes / Davoine, Thomas / Schuster, Philipp / Strohner, Ludwig (2016): Cross-country differences in the contribution of future migration to old-age financing. In: Int Tax Public Finance (2016) 23: 1160–118. S. 1164

[25] Daten: Statistik Austria, eigene Berechnung

[26] Grundsatzprogramm der Österreichischen Volkspartei, 2015. S. 26

[27] Ebd. S. 29

[28] Ebd. S. 24

[29] Ebd. S. 28

[30] Wahlprogramme der Österreichischen Volkspartei 1999: S. 54; 2002: S. 14; 2008: S. 5; 2017: S. 19; 2019: S. 35

[31] Wahlprogramm 1999. S. 31

[32] 1994: S. 49

[33] 1999: 54

[34] Wahlprogramme der Österreichischen Volkspartei 1999: 40f; 2002: 31; 2006: 48; 2008: 13; 2013: 26; 2017: 57; 2019: 23

[35] 2002: 31f

[36] 2006: 57

[37] 2017: 57

[38] Wahlprogramme der Österreichischen Volkspartei 1999: 45; ÖVP, 2006: 97; ÖVP, 2017: 29

Karl v. Vogelsang-Institut
Tivoligasse 73
1120 Wien

Telefon: +43 1 813 42 11-86

E-Mail: kvvi@kvvi.at